

Hinweis: Alle Merkblätter in jeweils aktueller Fassung können Sie unter der Adresse „www.psvag.de“ erhalten.

Merkblatt 300/M 14* Gesetzliche Insolvenzversicherung bei Pensionsfonds

(Stand: 1.05 / Ersetzt: 8.03)

Durch Art. 9 des Altersvermögensgesetzes (AVmG) vom 26.06.2001 (BGBl. I 2001 S. 1327) erfolgte mit Wirkung ab 01.01.2002 die Einführung

- von Pensionsfonds und
- der Beitragszusage mit Mindestleistung.

1. Pensionsfonds

Der Pensionsfonds steht als weiterer Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung - neben der unmittelbaren Versorgungszusage, der Direktversicherung, der Pensionskasse und der Unterstützungskasse - zur Verfügung.

Ein Pensionsfonds ist eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die betriebliche Altersversorgung durchführt und dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen auf ihre Leistungen einen Rechtsanspruch gewährt, § 1b Abs. 3 BetrAVG.

- 1.1 Die Leistungen eines Pensionsfonds unterliegen dem Insolvenzschutz nach § 7 BetrAVG. Der Arbeitgeber als Trägerunternehmen, der Beiträge zur Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung leistet, ist daher dem PSVaG gegenüber melde- und beitragspflichtig, § 11 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 i.V.m. § 10 BetrAVG. Für die Beitrags-erhebung sind als Beitragsbemessungsgrundlage 20 % des Teilwerts nach § 6a Abs. 3 EStG entsprechend dem für unmittelbare Versorgungszusagen zu ermitteln, § 10 Abs. 3 Nr. 4 i.V.m. Nr. 1 BetrAVG.
- 1.2 Der Arbeitgeber kann im Rahmen der zivilrechtlichen Vertretungsregelungen die Abwicklung der Beitrags- und Meldepflichten durch Dritte vornehmen lassen, also auch durch den Pensionsfonds, dessen Trägerunternehmen er ist. Sofern ein Arbeitgeber von der Möglichkeit einer Bevollmächtigung eines Pensionsfonds Gebrauch macht, sind die technischen Einzelheiten der Abwicklung der Melde- und Beitragspflichten zwischen dem Pensionsfonds und dem PSVaG abzustimmen.
- 1.3 Über Pensionsfonds können zwei Zusageformen durchgeführt werden:
 - Leistungszusagen (vgl. Ziffer 2)
 - Beitragszusagen mit Mindestleistung (vgl. Ziffer 3).

2. Leistungszusage

2.1 Insolvenzschutz besteht bei

- Ansprüchen von Versorgungsempfängern grundsätzlich in der nach der Versorgungsregelung des Pensionsfonds vorgesehenen Höhe, § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BetrAVG.
- gesetzlich unverfallbaren Versorgungsanwartschaften aus
 1. einer arbeitgeberfinanzierten Leistungszusage in Höhe des bis zum Sicherungsfall oder vorherigen Austritt erdienten zeitanteiligen Betrags (ratierliche Berechnung), § 7 Abs. 2 Satz 5 1. Halbsatz, Satz 3 i.V.m. § 2 Abs. 1 BetrAVG.
 2. einer Entgeltumwandlung in Höhe der erreichten Anwartschaft aus den bis zum Sicherungsfall oder vorherigen Austritt aus dem Unternehmen umgewandelten Entgeltbestandteilen, § 7 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 2 Abs. 5a BetrAVG. § 2 Abs. 5a BetrAVG gilt für ab 2001 erteilte Versorgungszusagen (§ 30g Abs. 1 Satz 1 BetrAVG) und für vorher erteilte Zusagen, sofern dahingehend Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht (§ 30g Abs. 1 Satz 2 BetrAVG); andernfalls ist auch hier die ratierliche Berechnung nach § 2 Abs. 1 BetrAVG vorzunehmen. Dies gilt entsprechend für beitragsorientierte Leistungszusagen, § 7 Abs. 2 Satz 3 i.V.m. § 2 Abs. 5a BetrAVG.

...

* Merkblätter informieren in allgemeiner Form über die Insolvenzversicherung aufgrund des BetrAVG und geben die derzeitige Rechtsauffassung des PSVaG wieder. Sie stehen unter dem Vorbehalt, daß sich die Rechtslage - insbesondere durch die Rechtsprechung - nicht ändert. Merkblätter haben nicht den Charakter von Verwaltungsrichtlinien und -anordnungen.

3. Beitragszusage mit Mindestleistung

Bei einer Beitragszusage mit Mindestleistung verpflichtet sich der Arbeitgeber, Beiträge zur Finanzierung von Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu zahlen und für Leistungen zur Altersversorgung das planmäßig zuzurechnende Versorgungskapital auf der Grundlage der gezahlten Beiträge (Beiträge und die daraus erzielten Erträge), mindestens die Summe der zugesagten Beiträge, soweit sie nicht rechnungsmäßig für einen biometrischen Risikoausgleich verbraucht wurden, hierfür zur Verfügung zu stellen (Mindestkapital), § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG. Aus diesem planmäßig zuzurechnenden Versorgungskapital berechnet der Pensionsfonds seine Leistungen an den Versorgungsberechtigten. Sofern dieses Versorgungskapital das Mindestkapital unterschreitet, erfolgt die Leistungsberechnung auf Basis dieses Mindestkapitals.

3.1 Insolvenzschutz besteht bei

- Ansprüchen von Versorgungsempfängern grundsätzlich in Höhe der Mindestleistungsrente. Diese ergibt sich aus der Verrentung der Summe der bis zum Eintritt des Versorgungsfalls oder vorherigen Austritt zugesagten Beiträge, soweit sie nicht rechnungsmäßig für einen biometrischen Risikoausgleich verbraucht wurden, § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG. Die Verrentungsgrundsätze ergeben sich aus der Versorgungsregelung. Bei (Teil-)Kapitalleistungen gelten die vorgenannten Grundsätze entsprechend.
- gesetzlich unverfallbaren Versorgungsanwartschaften in Höhe der Summe der bis zum Sicherungsfall oder vorherigen Austritt zugesagten Beiträge, soweit sie nicht rechnungsmäßig für einen biometrischen Risikoausgleich verbraucht wurden, § 7 Abs. 2 Satz 5 2. Halbsatz i.V.m. § 2 Abs. 5b BetrAVG.

Hinweis: Sofern die **Versorgungszusage des Arbeitgebers** eine über § 1 Abs. 2 Nr. 2 BetrAVG hinausgehende Verpflichtung enthält – beispielsweise einen Garantiezins – erstreckt sich der Insolvenzschutz auch darauf.

4. Übergang des Vermögens des Pensionsfonds auf den PSVaG

- 4.1 Der Eintritt des Sicherungsfalls beim Arbeitgeber als Trägerunternehmen des Pensionsfonds löst die Eintrittspflicht des PSVaG nach § 7 BetrAVG aus. Das Vermögen des Pensionsfonds geht nach Maßgabe von § 9 Abs. 3a i.V.m. Abs. 3 BetrAVG regelmäßig auf den PSVaG über, der seinerseits den Vermögensteil, der seine Eintrittspflicht übersteigt, zur Erhöhung der laufenden Leistungen und der unverfallbaren Anwartschaften zu verwenden hat.
- 4.2 Der Pensionsfonds kann jedoch die gegen den PSVaG gerichteten Ansprüche selbst erfüllen, wenn er dies innerhalb von drei Monaten nach Eintritt des Sicherungsfalls bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) beantragt und die Aufsichtsbehörde dies genehmigt. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn durch Auflagen der Aufsichtsbehörde die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungen in der Höhe, die sich aus dem Pensionsplan ergibt, sichergestellt werden kann (§ 8 Abs. 1a Satz 2 BetrAVG).

Bei Erteilung der Genehmigung hat der PSVaG die gegen ihn gerichteten Ansprüche auf den Pensionsfonds entsprechend § 8 Abs. 1 BetrAVG zu übertragen. Ein Anspruch der Versorgungsberechtigten gegen den PSVaG auf Leistungen nach § 7 BetrAVG besteht dann nicht mehr, § 8 Abs. 1a Satz 1 i.V.m. § 8 Abs. 1 BetrAVG. Das Vermögen des Pensionsfonds verbleibt in diesem Fall beim Pensionsfonds.